

66/MT-BR/2022

MITTEILUNG**an das Europäische Parlament, den Rat und die Europäische Kommission****gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG****des EU-Ausschusses des Bundesrates****vom 6. April 2022****COM(2022) 131 final****Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen/Aufnahme von Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen: Vorbereitung Europas zur Deckung des Bedarfs**

Der vom russischen Präsidenten Wladimir Putin am 24. Februar 2022 gestartete Angriffskrieg auf die Ukraine dauert nun bereits seit mehr als fünf Wochen an. Der 24. Februar stellt einen Wendepunkt in der europäischen Geschichte dar und der russische Angriffskrieg, ein eklatanter Bruch des Völkerrechts, wurde von der Mehrheit der Staaten, darunter Österreich, aufs Schärfste verurteilt. Seither wurden massive Sanktionenpakete durch die EU geschnürt, welche bereits Auswirkungen auf die russische Wirtschaft zeigen, und weitere Sanktionen gegen Belarus durch die EU verabschiedet.

Die humanitären Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung sind fatal. Mit den jüngsten, erschütternden Berichten über mutmaßliche Kriegsverbrechen an Zivilistinnen und Zivilisten in Vororten rund um Kiew, etwa in der Stadt Butscha, hat der Krieg in der Ukraine eine neue grausame Dimension und Intensität erreicht. Alle Beweise über die behaupteten Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht sind rasch zu sammeln und unabhängig zu untersuchen, sowie alle Verantwortlichen für die mutmaßlichen Verbrechen strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Die massiven Kriegshandlungen wirken sich auch auf die Zahl der Schutzsuchenden aus. Laut UNHCR wurden bisher ca. 4,2 Millionen Menschen aus der Ukraine vertrieben, hauptsächlich

Frauen und Kinder, davon ca. 3,8 Millionen alleine in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Rund 12 Millionen Menschen sitzen weiterhin in der Ukraine fest.

Die sich daraus ergebenden Herausforderungen, mit denen die Mitgliedstaaten aufgrund des erhöhten Andrangs von Schutzsuchenden aus der Ukraine konfrontiert sind, sind groß. Die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 23. März 2022 enthält Maßnahmen, die ergriffen werden, um die Mitgliedstaaten bei der Deckung des Bedarfs der Vertriebenen zu unterstützen, damit die Vertriebenen im Rahmen ihres temporären Schutzstatus in der EU auf Grundlage der Vertriebenen-VO ihre Rechte auf Unterkunft, medizinische Versorgung, Zugang zum Arbeitsmarkt und Bildung wahrnehmen können.

Der EU Ausschuss des Bundesrates begrüßt diese Mitteilung und die von der Union durchgeführten unmittelbaren Unterstützungsmaßnahmen für die Mitgliedstaaten. Darüber hinaus braucht es weiterhin unbürokratische und koordinierte politische, finanzielle, materielle und humanitäre Hilfe für die Ukraine selbst, sowie Solidarität und Unterstützung für jene EU Mitgliedstaaten, die bei der Aufnahme der Vertriebenen aus der Ukraine bisher die Hauptlast tragen. Der EU Ausschuss begrüßt weiters, dass die notwendigen Unterstützungsmaßnahmen für die am meisten betroffenen Nachbarländer weiterhin über bereits bestehende Finanzierungsmechanismen der EU erfolgen.

Österreich hat seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Sinne der Nachbarschaftshilfe so schnell als möglich humanitäre Hilfe und Sachgüterlieferungen für die Ukraine und die Nachbarländer vor Ort geleistet und wird dies auch weiterhin tun. Neben Unterstützung bei der Ausreise besonders vulnerabler Gruppen aus dem Kriegsgebiet sowie aus Moldau nach Österreich wurden bislang 17,5 Millionen EUR aus dem Auslandskatastrophenfonds zur Verfügung gestellt, daneben 2 Millionen EUR als gemeinsame Soforthilfeaktion der Bundesländer. Im Wege des Zivilschutzmechanismus der EU hat Österreich bislang 36 LKWs mit Hilfsgütern im Wert von 1,6 Millionen EUR und einem Gewicht von über 430 Tonnen in die Ukraine und die Nachbarländer versendet, weitere Transporte werden laufend vorbereitet

Hinzu kommt die Unterstützung der von der Aufnahme von Personen, die die Ukraine verlassen mussten, besonders betroffene Republik Moldau mit 10 Millionen EUR. 10 Millionen EUR wurden an den „Trust Fund Ukraine 2022“ der Weltbank geleistet. Besonders hervorzuheben sind 100.000 EUR für den Schutz von ukrainischen Journalistinnen und Journalisten im Wege der UNESCO. Besonders den Journalistinnen und Journalisten in der Ukraine, welche die mutige Aufgabe übernehmen, unter lebensbedrohlichen Umständen aus dem Kriegsgebiet zu berichten, gebührt Solidarität und hohe Anerkennung.